

**Land Brandenburg**  
Chef der Staatskanzlei

16. JAN. 2013

Anlagen: .....

Abt./Ref.: .....



16.01.  
15:18 Du.

An den Ministerpräsidenten des  
Landes Brandenburg  
Matthias Platzeck  
Staatskanzlei  
Heinrich-Mann-Allee 107  
14473 Potsdam

Per Fax vorab: (0331) 866-1418

Sehr geehrter Herr Platzeck,

ich bitte Sie, mir bis zum 31. Januar 2013 mitzuteilen, ob und in wieweit Sie über die gesamten Vorgänge des Insolvenzverfahrens beim Amtsgericht Potsdam (Sealand KG) – nachzulesen unter [www.principality-of-sealand.eu/hotstuff/akten.html](http://www.principality-of-sealand.eu/hotstuff/akten.html) (Brandenburgische Justiz – Akten) – informiert worden sind. Ich habe Ihnen diverse Schreiben mit der Bitte um Beantwortung zugeleitet. Ich habe Beweise dafür, dass Ihr Büroleiter in der Staatskanzlei, Dr. Ulrich Mayer, vorsätzlich Schreiben nicht an die eigentlichen Empfänger weitergeleitet hat.

Ferner sind unter Ihrer Regierung der Justizminister Dr. Volker Schöneburg sowie der amtierende Generalstaatsanwalt Dr. Erardo Rautenberg in rechtswidrigen Handlungen involviert.

Bevor ich die Angelegenheit bei der neu gegründeten "Joint Interagency Counter Trafficking Center (JICTC)" ( [www.principality-of-sealand.eu/hotstuff/shaef\\_201212.html](http://www.principality-of-sealand.eu/hotstuff/shaef_201212.html) ) zur Anzeige bringe, gebe ich Ihnen Gelegenheit, mir mitzuteilen, ob Sie entsprechend informiert waren und deren Handlung wissentlich gedeckt haben.

Sie verstehen sicher, dass die auf unserer Webseite veröffentlichten skandalösen Zustände in der Justiz u.a. dem Land Brandenburg einen irreparablen Schaden zugefügt haben. Dies umfasst selbstverständlich auch den Artikel Brandenburg 3 auf unserer Webseite – Zum Dritten: Mitteilung über die Strafakte unter dem AZ.: 27JS 1095/98 der Staatsanwaltschaft Potsdam wegen des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz (Atomwaffen, chemische Waffen und tatsächliche Gewaltausübung). Ich hatte schon damals die vier alliierten "Siegermächte" über den Inhalt der Strafakte sowie den Regierungsbeschluss 11/98 informiert.

Hochachtungsvoll

Johannes W. F. Seiger